

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 45/76

Berlin

11. November 1976

43. Jahrgang

Häglin

Der Staatshaushalt der DDR 1973 bis 1976

Im Staatshaushalt der DDR sind der Republikhaushalt und die Haushalte aller übrigen Gebietskörperschaften sowie der Sozialversicherung zusammengefaßt. Drei Viertel aller Einnahmen und Ausgaben entfallen auf den zentralen Haushalt (einschließlich Sozialversicherung) — ein Viertel auf die Haushalte der Bezirke, in denen auch alle Einnahmen und Ausgaben der nachgeordneten Kommunen (Kreise, Städte, Gemeinden) enthalten sind. Dem Staatshaushalt entspricht in der Bundesrepublik der konsolidierte öffentliche Haushalt von Bund, Lastenausgleichsfonds, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Die Verbuchung von Teilen der Gewinne der volkseigenen Wirtschaft auf der Einnahmeseite des Haushalts hat formal allerdings kein Gegenstück in der westlichen Haushaltsrechnung¹.

Das Volumen des Staatshaushaltes in der DDR soll 1976 115,9 Mrd. Mark (Plan) betragen, das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1975 (Ist) von lediglich einem vH — eine bescheidene Zunahme im Vergleich zu den durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von rund 10 vH (Ist) in den Jahren 1973 bis 1975. Möglicherweise ist der Plan aber im laufenden Haushaltsjahr — ebenso wie in allen betrachteten Vorjahren — geändert worden; so lag 1975 das Volumen des veränderten Plans um 7 vH über dem ursprünglichen Ansatz.

Einnahmen

Mit Abstand wichtigste Einnahmequelle für den Staatshaushalt sind die Abführungen der volkseigenen Wirtschaft (VEW). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen erhöhte sich von 55 vH (1973) auf 61 vH im Jahre 1975. Für 1976 ist allerdings ein leichter Rückgang eingeplant worden. Die Erhebung der Abgaben der VEW folgt einem „Drei-Kanäle-System“:

- produktgebundene Abgabe,
- Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe,
- Nettogewinnabführung.

Die produktgebundenen Abgaben² erbrachten 1973 die Hälfte der gesamten Abführungen der VEW, inzwischen hat sich der Anteil aber verringert. Diese Abgaben haben den Charakter einer überwälzbaren, differenzierten Verbrauchsteuer. Heute wird die überwiegende Mehrheit der industriellen Konsumgüter und der Genußmittel mit dieser indirekten Steuer

¹ Nach herrschender Auffassung sind Abgaben der volkseigenen Wirtschaft Teile des eigenen Einkommens des sozialistischen Staates und keine Steuern; Steuern setzen danach einen Wechsel im Anspruch an den betreffenden Teil des Nettoprodukts voraus.

² Die produktgebundene Abgabe — seit 1972 Sammelbegriff für die Produktionsabgabe, die Dienstleistungsabgabe, die Verbrauchsabgabe und die Preisausgleichsabgabe — ist in den 50er Jahren für die volkseigene Wirtschaft eingeführt worden und löste dort im wesentlichen die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, die Umsatzsteuer und die spezifischen Verbrauchsteuern ab.

Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts der DDR 1973 bis 1976
in Mrd. Mark

Einnahmen	Ist			Plan	Ausgaben	Ist			Plan
	1973	1974	1975	1976		1973	1974	1975	1976
Einnahmen aus volkseigenen Betrieben, Kombinat und VVB	52,5	60,1	70,5	70,2	Forschung	1,8	1,8	1,8	.
davon:					Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft	3,7	4,6	.	2,8
Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	11,3	12,4	13,3	.	Investitionen im staatlichen Bereich ..	3,1	3,1	3,4	.
Nettogewinnabfuhrung	15,1	19,4	26,7	.	Verkehrswesen	3,3	3,3	3,5	.
Produktgebundene Abgaben	25,8	27,9	30,3	.	Subventionen für die volkseigene Wirtschaft ¹⁾	4,9	4,8	5,0	.
Übrige Abgaben	0,2	0,3	0,3	.	Zuschüsse für die Landwirtschaft.	2,4	2,5	3,0	.
Abführungen der Banken	2,7	3,1	3,4	.	Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife	10,2	10,6	11,2	13,3
Abgaben der Landwirtschaft.	1,1	1,2	1,3	1,3	darunter:				
Einnahmen von Produktionsgenossenschaften des Handwerks u. anderer Produktionsgenossenschaften	3,4	2,5	2,6	.	Nahrungsmittel	6,4	6,8	7,2	.
Privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden	2,4	2,4	2,4	.	Industrielle Konsumgüter	1,0	1,1	1,2	.
Lohnsteuer der Arbeitnehmer und Steuern der freiberuflich-Tätigen ...	4,5	4,9	5,3	.	Öffentlicher Personenverkehr	1,8	1,9	2,2	.
Einnahmen aus staatlichen Einrichtungen (Bildung, Gesundheits- u. Sozialwesen, Kultur) und Staatsapparat	5,6	6,3	6,7	.	Trink- u. Abwasserbehandlung	0,5	0,5	0,5	.
Sozialversicherungsbeiträge	10,9	11,4	11,8	11,9	Reparaturen u. Dienstleistungen	0,2	0,2	0,1	.
Gemeindesteuern	0,5	0,5	0,5	.	Wohnungswirtschaft und Subventionierung der Mieten	3,7	3,8	4,3	.
Sonstige Einnahmen ²⁾	11,3	12,2	10,2	.	Bildungswesen	7,3	7,6	8,1	.
Einnahmen insgesamt	94,9	104,6	114,7	115,9	Gesundheits- und Sozialwesen	6,9	7,3	7,8	.
					Sozialversicherung	19,8	20,6	21,4	21,0
					Kultur und Sport (einschließlich: Rundfunk, Fernsehen, Erholung) ...	1,8	2,2	2,4	.
					Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,1	3,3	3,5	.
					Verteidigung	8,3	8,7	9,6	10,2
					Sonstige Ausgaben ²⁾	13,0	19,7	³⁾ 29,2	.
					Ausgaben insgesamt	93,3	103,9	114,2	115,9

¹⁾ Zur Bildung betrieblicher Fonds, für produktgebundene Preisstützungen, für Roh- und Grundstoffe und sonstige Maßnahmen. — ²⁾ Als Differenz ermittelt. — ³⁾ Einschließlich Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft.
Quellen: Haushaltsrechnungen für die Jahre 1973 bis 1975 (Anlagen zur Volkskammerdrucksache der DDR — 6. Wahlperiode) sowie Staatshaushaltsplan für 1976. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

belegt: Für die einzelnen Erzeugnisse werden außerordentlich unterschiedliche Abgabensätze erhoben. Im Durchschnitt ergibt sich eine beträchtliche Steuerbelastung, wie sich aufgrund folgender Daten für 1975 errechnen läßt:

Einzelhandelsumsatz von Industriewaren und Genußmitteln zu Verbraucherpreisen 54,0 Mrd. Mark³
+ Subventionen für Industriewaren 1,2 Mrd. Mark
∕ produktgebundene Abgaben 30,3 Mrd. Mark

Einzelhandelsumsatz zu Betriebspreisen (zuzüglich Handelsspanne) 24,9 Mrd. Mark

Produktgebundene Abgaben in vH vom Einzelhandelsumsatz zu Betriebspreisen (zuzüglich Handelsspanne): 122 vH.

1973 betrug diese Steuerquote 110 vH (1974: 112 vH).

Ein Vergleich der Umsatzentwicklung 1974–75 im Einzelhandel von Industriewaren (zuzüglich Subventionen für Industriewaren) und Genußmitteln auf der einen, der produktgebundenen Abgaben der Jahre 1974 und 1975 auf der anderen Seite zeigt eine bemerkenswerte Besonderheit:

- Zunahme des Umsatzes: 2,1 Mrd. Mark
- Zunahme der Abgaben: 2,3 Mrd. Mark

Daraus ergibt sich, daß der Umsatz abzüglich Steuern von 1974 auf 1975 etwas zurückgegangen ist. Diese Entwicklung kann verschiedene Ursachen gehabt haben: Höhere Steuersätze bei neuen Produkten, steuerliche Abschöpfung von Rationalisierungsgewinnen, Veränderungen in der Verbrauchsstruktur zugunsten höherwertiger und damit in der Regel steuerlich stärker belasteter Güter. In jedem Fall läßt sich jedoch daraus ablesen, daß die reale

³ Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, S. 249.

Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts der DDR 1973 bis 1976

Struktur in vH

Einnahmen	Ist			Plan	Ausgaben	Ist			Plan
	1973	1974	1975	1976		1973	1974	1975	1976
Einnahmen aus volkseigenen Betrieben, Kombinat und VVB	55,3	57,4	61,5	60,6	Forschung	1,9	1,7	1,6	.
davon:					Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft	4,0	4,4	.	2,4
Produktionsfonds- u. Handelsfondsabgabe	11,9	11,9	11,6	.	Investitionen im staatlichen Bereich ..	3,3	3,0	3,0	.
Nettogewinnabführung	15,9	18,5	23,3	.	Verkehrswesen	3,6	3,2	3,1	.
Produktgebundene Abgaben	27,2	26,7	26,4	.	Subventionen für die volkseigene Wirtschaft ¹⁾	5,3	4,6	4,4	.
Übrige Abgaben	0,2	0,3	0,3	.	Zuschüsse für die Landwirtschaft	2,6	2,4	2,6	.
Abführungen der Banken	2,8	3,0	3,0	.	Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife	10,9	10,2	9,8	11,5
Abgaben der Landwirtschaft	1,2	1,2	1,1	1,2	darunter:				
Einnahmen von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und anderen Produktionsgenossenschaften	3,5	2,4	2,2	.	Nahrungsmittel	6,9	6,5	6,3	.
Privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden	2,6	2,3	2,1	.	Industrielle Konsumgüter	1,1	1,1	1,1	.
Lohnsteuer der Arbeitnehmer und Steuern der freiberuflich Tätigen ...	4,8	4,6	4,6	.	Öffentlicher Personenverkehr	1,9	1,8	1,9	.
Einnahmen aus staatlichen Einrichtungen (Bildung, Gesundheits- u. Sozialwesen, Kultur) und Staatsapparat	5,9	6,0	5,9	.	Trink- u. Abwasserbehandlung	0,5	0,5	0,4	.
Sozialversicherungsbeiträge	11,5	10,9	10,3	10,3	Reparaturen u. Dienstleistungen ...	0,2	0,2	0,1	.
Gemeindesteuern	0,6	0,5	0,5	.	Wohnungswirtschaft und Subventionierung der Mieten	4,0	3,7	3,8	.
Sonstige Einnahmen ²⁾	11,8	11,7	8,8	.	Bildungswesen	7,8	7,3	7,1	.
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	Gesundheits- und Sozialwesen	7,4	7,0	6,8	.
					Sozialversicherung	21,2	19,8	18,7	18,1
					Kultur und Sport (einschließlich: Rundfunk, Fernsehen, Erholung) ...	1,9	2,1	2,1	.
					Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,3	3,2	3,1	.
					Verteidigung	8,9	8,4	8,4	8,8
					Sonstige Ausgaben ²⁾	13,9	19,0	³⁾ 25,5	.
					Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Zur Bildung betrieblicher Fonds, für produktgebundene Preisstützungen, für Roh- und Grundstoffe und sonstige Maßnahmen. — ²⁾ Als Differenz ermittelt. — ³⁾ Einschließlich Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft.

Quellen: Haushaltsrechnungen für die Jahre 1973 bis 1975 (Anlagen zur Volkskammerdrucksache der DDR — 6. Wahlperiode) sowie Staatshaushaltsplan für 1976. — Abweichungen der Summen durch Runden der Zahlen.

Steigerung des Einzelhandelsumsatzes spürbar unter der ausgewiesenen nominalen Rate lag.

Die Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe ist ihrem Wesen nach eine Steuer auf das Eigenkapital (Anlage- und Umlaufvermögen) der volkseigenen Betriebe in Industrie, Bauwirtschaft und Handel. Sie ist eine Art Kapitalzins, der aber nicht in die Selbstkosten eingerechnet wird, sondern aus dem Gewinn gezahlt werden muß. Ihre Einführung Ende der 60er Jahre sollte zu einem rationelleren Kapitaleinsatz führen. Auf sie entfallen rund 20 vH der Abführungen der VEW.

Der Anteil der Nettogewinne am Staatshaushalt kann z. B. aus strukturpolitischen Erwägungen jedes Jahr insgesamt und gegenüber jedem Betrieb geändert werden; 1973 führte die VEW 49 vH ihres Nettogewinns ab, 1974: 53 vH und 1975: 68 vH. Ein Trend zur stärkeren Beteiligung des Staatshaushalts am Nettogewinn ist unverkennbar.

Gewinnverteilung der volkseigenen Wirtschaft (VEW)
in Mrd. Mark

	1973	1974	1975
Bruttogewinn (einheitliches Betriebsergebnis)	42,4	48,9	52,6
./. Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	11,3	12,4	13,3
Nettogewinn	31,1	36,5	39,3
./. Nettogewinnabführung	15,1	19,4	26,7
./. sonstige Abgaben	0,2	0,3	0,3
in der volkseigenen Wirtschaft verbleibender Nettogewinn	15,8	16,8	12,3

Quellen: Haushaltsrechnungen und deren Erläuterungen für die Jahre 1973 bis 1975 (Anlagen zur Volkskammerdrucksache der DDR — 6. Wahlperiode).

Während die Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe 1976 weiter steigen dürfte, impliziert der Staatshaushaltsplan bei der Nettogewinnabführ-

rung und den produktgebundenen Abgaben Rückgänge von über 1 Mrd. Mark; über diese beiden Abgabenarten sollen die Preissteigerungen bei Rohstoffimporten aufgefangen werden.

Weitere Einnahmequellen des Staatshaushalts sind die Abführungen der Banken (1975: 3,4 Mrd. Mark) und die Abgaben der Landwirtschaft (1975: 1,3 Mrd. Mark). Bei letzteren handelte es sich bis 1975 um die Abschöpfung eines Teils der Differentialrente⁴. Mit den 1976 in Kraft getretenen agrarpolitischen Beschlüssen ist — bisher nur für den kleinen Kreis der industriemäßig produzierenden Betriebe der Tierproduktion — zusätzlich eine Gewinnabgabe eingeführt worden, die sich am Kapitaleinsatz orientiert. Es werden lediglich die landwirtschaftlichen Betriebe zur Leistung von Abgaben herangezogen; die einzelnen Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften zahlen keine Steuern.

Steuerlich anders werden die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks behandelt. Für die Grundvergütung sind die Steuersätze identisch mit denen, die für Arbeitnehmer gelten⁵. Die Produktionsgenossenschaft des Handwerks selbst muß außerdem Produktionsfondssteuer (soweit für sie neue Industriepreise gelten), Umsatzsteuer (soweit für sie keine neuen Industriepreise zur Anwendung kommen) und Gewinnsteuer entrichten⁶. Insgesamt waren das 1975 2,6 Mrd. Mark.

Die Besteuerung der Selbständigen ist uneinheitlich geregelt. Kommissionshändler zahlen nur noch eine einzige Steuer, die Kommissionshandelssteuer, deren Sätze generell über denen der Lohnsteuer der Arbeitnehmer liegen, insbesondere bei höheren Einkommen. Private Handwerker zahlen eine Gewinnsteuer, die in den unteren Einkommensgruppen etwa der Lohnsteuer entspricht; sie zahlen zusätzlich Produktionsfondssteuer bzw. Umsatzsteuer und Lohnsummensteuer (von einer bestimmten Jahreslohnsumme an). Von den privaten Gewerbetreibenden werden eine Produktionsfondssteuer bzw. Umsatz- und Gewerbesteuer sowie Einkommensteuer erhoben⁶. Die nicht steuerbegünstigte freiberuflich tätige Intelligenz unterliegt ebenfalls der Einkommensteuer mit einer außerordentlich starken Progression. Die durchschnittliche Belastung mit Einkommensteuer ist schon bei relativ niedrigen Einkommen höher als die mit Lohnsteuer. In den Jahren von 1973 bis 1975 blieb die Steuerzahlung der Selbständigen mit 2,4 Mrd. Mark unverändert.

Für Arbeiter und Angestellte, das sind 90 vH aller Erwerbstätigen, sowie für die steuerbegünstigten freiberuflich Tätigen, gilt die Steuer vom Arbeitseinkommen⁷. Das gesamte Lohnsteuer-

aufkommen hatte 1975 ein Volumen von 5,3 Mrd. Mark⁸. Bezogen auf die Bruttolohn- und Gehaltssumme entspricht das einer durchschnittlichen Steuerbelastungsquote von 6,7 vH; damit hat sich diese Quote in den letzten zehn Jahren nur unwesentlich erhöht (1965: 6,1 vH).

Unabhängig von der sozio-ökonomischen Zugehörigkeit der Bevölkerung wird eine Reihe weiterer Steuern erhoben. Bekannt ist davon lediglich die Höhe der Gemeindesteuern (Grund-, Hund- und Vergnügungssteuer); sie blieben mit 0,5 Mrd. Mark von 1973 bis 1975 unverändert. Das Aufkommen aus Vermögensteuer, Erbschaft- und Schenksteuer, Grunderwerbsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Kraftfahrzeugsteuer dürfte ebenso wie die Zölle unter den sonstigen Einnahmen des Staatshaushalts (1975: 10,2 Mrd. Mark) verbucht sein.

Neben den Abführungen der VEW und den Steuern bilden die Einnahmen aus den staatlichen Einrichtungen und der Sozialversicherung die dritte Quelle der Staatsfinanzen. Aus den Einrichtungen des Bildungswesens, Gesundheits-

⁴ „Zu diesem Zweck schuf man zunächst den sogenannten Rückführungsbetrag. Das war eine Abgabe, die jene Betriebe an den Staatshaushalt entrichten mußten, die aufgrund der neuen agrarpolitischen Maßnahmen für die Jahre 1969/70 durch die verfügten Preisänderungen höhere Erlöse erzielten. Dieses als Übergangslösung geschaffene Instrument der Einkommensregulierung wurde dann mit den agrarpolitischen Beschlüssen für die Jahre 1971/72 weiterentwickelt. Mit der sogenannten ökonomisch begründeten Abgabe wurden die Betriebe je nach Produktionsbedingungen mit einer Quasi-Steuer belastet — zu einem prozentual unterschiedlichen Satz vom Bruttoeinkommen (zwischen 4 und 21 vH)“. — Horst Lambrecht: Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960. Sonderhefte des DIW, Nr. 117 (im Druck).

⁵ Vergütungen für Mehrleistungen werden mit Steuern je nach Normerfüllung von 5 bis 20 vH belegt; von den Einnahmen aus der Gewinnverteilung erhält der Fiskus 10 vH.

⁶ Vgl. Walter Bielig: Die Steuern in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Sozialistische Finanzwirtschaft, Nr. 4/1976, S. 38.

⁷ Monatliche Einkünfte unter 175 Mark bleiben steuerfrei (Steuerklasse I); der dann einsetzende progressive Steuertarif beginnt mit einem Grenzsteuersatz von 10 vH, der schon bei einem Einkommen von 700 Mark monatlich sein Maximum erreicht (34 vH); danach sinkt der Grenzsteuersatz wieder und mündet für Arbeitnehmer bei 1 258,— Mark (bei freiberuflich Tätigen: 3 000,— Mark) in einen proportionalen Steuersatz von 20 vH (freiberuflich Tätige: 30 vH) auf das steuerpflichtige Einkommen. Einige Einkommensteile sind entweder völlig steuerfrei oder werden mit niedrigeren Sätzen belegt. Dies gilt vor allem für Mehrarbeitszuschläge, Prämien usw., in beschränktem Umfang auch für Feiertags- und Sonntagsentgelte. Der auf Planübererfüllung basierende Lohnanteil wird nur mit 5 vH versteuert.

⁸ Bis 1980 wird für 1,5 Mill. Produktionsarbeiter ein neues Lohnsystem eingeführt. Der Tariflohn und wesentliche Teile des Mehrleistungslohns sollen zu einem Grundlohn zusammengefaßt werden. Falls die Lohnsteuergesetzgebung nicht geändert wird, dürften daraus Mehreinnahmen des Staates von jährlich 0,5 bis 1 Mrd. Mark entstehen.

und Sozialwesens, der Kultur und dem Staatsapparat flossen 1975 6,7 Mrd. Mark in die öffentlichen Kassen. Die Beiträge zur Sozialversicherung erbrachten 1975 11,8 Mrd. Mark. Es handelt sich dabei um zweckgebundene Beitragsleistungen⁹.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts dominieren die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Zusammen mit den Subventionen der Verbraucherpreise für Konsumgüter, der Verkehrstarife und Wohnungsmieten machen sie rund die Hälfte aller Haushaltsausgaben aus. Allerdings blieb ihr Anstieg in den letzten drei Jahren hinter dem der Gesamtausgaben zurück. Der Anteil der sozialkulturellen an den gesamten Haushaltsausgaben betrug:

1973	53,2 vH,
1974	50,6 vH,
1975	48,3 vH.

Dieser Ausgabenblock von rund 55 Mrd. Mark (1975) setzt sich aus sehr unterschiedlichen Positionen zusammen. Die größte ist mit 21 Mrd. Mark die Sozialversicherung. Der Umfang der Sozialversicherungsausgaben wird wesentlich durch die Rentenzahlungen bestimmt, auf die mehr als 12 Mrd. Mark entfallen. Nach der Rentenreform von 1972 sind die Rentenausgaben kräftig gestiegen. 1975 und 1976 blieben sie jedoch auf Vorjahreshöhe. Die Mitte dieses Jahres angekündigte Rentenerhöhung wird erst im Dezember wirksam. Neben den Renten erscheinen die Ausgaben für gesundheitliche Zwecke (Sachleistungen) mit gut 6 Mrd. Mark, die vor allem dem Unterhalt von Krankenhäusern, Polikliniken und Ambulatorien dienen, als weiterer gewichtiger Posten der Sozialversicherung. Bei den restlichen 2,5 Mrd. Mark handelt es sich um sonstige Barleistungen wie Kranken- und Hausgeld sowie Barleistungen der Wochenhilfe.

Für gesundheitliche und soziale Zwecke außerhalb der Sozialversicherung (z. B. für den Unterhalt von Alters-, Pflege- und Kinderheimen, für Unterstützung von Mutter und Kind) wurden im vergangenen Jahr 7,8 Mrd. Mark aufgewendet. Für die Finanzierung des Bildungswesens – vom Kindergarten bis zur Hochschule – und für die Bereiche Kultur und Sport standen 10,5 Mrd. Mark zur Verfügung.

Für die einzelnen Positionen des Gesundheits-, Sozialwesens außerhalb der Sozialversicherung sowie den Bildungssektor liegen keine detaillierten Planzahlen für 1976 vor. Eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen, die im Laufe des Jahres 1976 in Kraft treten – Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für die

Schüler- und Kinderspeisung, Verlängerung des bezahlten Wochenurlaubs, Erhöhung der Sozialfürsorgeunterstützung, des Taschengeldes und des Verpflegungssatzes in Alters- und Pflegeheimen – dürften auf Grund ihres geringen Gewichts nur zu einer unwesentlichen Mehrbelastung des Haushalts führen.

Die Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife haben den Zweck, den Verbraucher vor den Folgen hoher Erzeugerpreise bei Landwirtschaft und Industrie und steigender Importpreise abzusichern. Bei der Auswahl der subventionierten Preise und Tarife werden unterschiedliche Ziele verfolgt: Als sozialpolitische Maßnahme kann die Preisstützung bei Gütern und Diensten des Grundbedarfs (Brot, Kartoffeln, Wohnung, Heizung, Verkehr) angesehen werden; darüber hinaus werden bevölkerungspolitische Ziele (Kinderbekleidung) und politisch-pädagogische Absichten (Bücher) verfolgt. Diese Subventionen sind bisher von Jahr zu Jahr gestiegen. Nicht bekannt ist dagegen die Höhe der Verbraucherpreissubventionen für einzelne Güter. In der Regel liegt die Preisstützung zwischen 5 und 50 vH des Ladenpreises, in einzelnen Fällen kann sie aber auch bis auf 80 vH steigen¹⁰. Für die wichtigsten subventionierten Ausgabenbereiche lassen sich Durchschnittsquoten der Preisstützung errechnen¹¹.

– Nahrungsmittel	20 vH
– Personenverkehr	45 vH
(darunter Nahverkehr)	60 vH)
– Wohnungsmieten	60 vH

1976 sollen die Subventionen einen Betrag von 13,3 Mrd. Mark erreichen und damit um 20 vH über dem Wert des Vorjahres liegen; möglicherweise ist auch dies eine Folge des Anstiegs der Weltmarktpreise.

Sehr lückenhaft sind die Angaben zur Investitionsfinanzierung aus Haushaltsmitteln. Sie sind unterteilt nach objektgebundenen, vom Ministerrat beschlossenen Investitionen der VEW und nach Investitionen der staatlichen Organe und Einrichtungen. Zusammen beliefen sie sich 1974 (für 1975 fehlen Angaben über den Umfang der objektgebundenen Investitionen) auf 7,7 Mrd. Mark. Darüber hinaus

⁹ Arbeitnehmer und Genossenschaftsmitglieder zahlen einheitlich 20 vH (Bergleute 30 vH) ihrer beitragspflichtigen Einkommen, wovon die Hälfte (im Bergbau zwei Drittel) von den Betrieben und Genossenschaften getragen wird. Selbständige müssen den Beitrag allein aufbringen. Die gleichen Bedingungen gelten auch für die freiwillige Zusatzrentenversicherung.

¹⁰ Vgl. Heinz Vortmann: Einkommensumverteilung als Instrument der Sozialpolitik in der DDR. In: Vierteljahrshefte des DIW, Nr. 3/1975, S. 183.

¹¹ Subventionsquote = $\frac{\text{Subventionen}}{\text{Ausgaben der Bevölkerung} + \text{Subventionen}} \times 100$

beteiligt sich der Staat an den Investitionen der Wirtschaftsbereiche. So erhielt die Landwirtschaft rund 2 Mrd. Mark, von denen ein Teil für Meliorationen und für die Errichtung industriemäßiger Anlagen eingesetzt wurde. Die Investitionen in der gesamten Volkswirtschaft erreichten 1974 einen Umfang von 38,6 Mrd. Mark.

Besonders stark gefördert werden gegenwärtig **Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft**. Für diese Zwecke wurden 1975 8,4 Mrd. Mark ausgegeben, 4,3 Mrd. davon sind im Staatshaushalt verbucht. Nach den Erläuterungen zu diesem Haushaltstitel ergibt sich folgendes Bild für die Wohnungswirtschaft:

Bau und Modernisierung	5,4 Mrd. Mark
davon Staatshaushalt	1,3 Mrd. Mark
Kredite und Eigenmittel	
der Bevölkerung	4,1 Mrd. Mark
Mietsubventionen	3,0 Mrd. Mark

Rund 3,5 Mrd. Mark wurden für **Verwaltungsaufgaben** aufgewendet, im wesentlichen für Löhne und Gehälter der Beschäftigten des Staatsapparates und der Wirtschaftsführung.

Die direkt ausgewiesenen **Verteidigungsausgaben** beliefen sich in den letzten Jahren auf 8 bis 9 vH der Gesamtausgaben (1975: 9,6 Mrd. Mark). 1976 werden sie mit einer Zunahme von 7 vH erheblich über der Steigerung des Gesamtetats liegen.

Trotz vermehrter Informationen über die Ausgabenstruktur des Haushalts fehlt immer noch ein detaillierter Nachweis über rund ein Fünftel der Ausgaben, die lediglich als Rest ermittelt werden konnten („**Sonstige Ausgaben**“). Ihr Anteil ist 1974, vor allem aber 1975 gestiegen. Die Zunahme im vergangenen Jahr erklärt sich zum Teil dadurch, daß Angaben über Investitionen der VEW nicht gesondert ausgewiesen sind. Unter diesen „sonstigen“ Ausgaben¹² können sich z. B. Außenhandelspreissubventionen, Entwicklungshilfe, Investitionsbeteiligungen innerhalb des RGW und Aufwendungen für die Stationierung ausländischer Truppen in der DDR befinden. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß sich in diesem Restposten der „Sonstigen Ausgaben“ auch Veränderungen in der Haushaltssystematik und in den Abgrenzungen einzelner Positionen niederschlagen.

in den vergangenen drei Jahren lagen die Ist-Werte der gesamten Einnahmen und Ausgaben wesentlich über denen des ursprünglichen Plans (1975 Gesamtausgaben nach Plan: 106,4 Mrd. Mark; Ist: 114,2 Mrd. Mark). Die einzelnen Positionen der Ausgabenseite zeigen dagegen in Plan- und Ist-Werten nur geringe Abweichungen. (Addition der einzelnen Ausgabenpositionen 1975: Plan 85,5 Mrd. Mark, Ist 86,6 Mrd. Mark). Der Ausgabenzuwachs (der vermehrten Einnahmen zu verdanken ist) ist also zum überwiegenden Teil in den „sonstigen Ausgaben“ enthalten.

Ausblick

Der Plantext 1976 beschränkt sich auf die Etatsumme und wenige Einzelangaben. Rund 40 vH der Gesamtausgaben bleiben offen, von ihnen wird sich der größere Teil bei der Haushaltsabrechnung vor der Volkskammer den einzelnen Bereichen zuordnen lassen. Der geplante Zuwachs von Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Rechnungsergebnis 1975 ist mit einem vH nicht nennenswert. In den Vorjahren wurden im Istergebnis die Planzahlen zumeist erheblich übertroffen. Eine ähnliche Entwicklung im Jahre 1976 ist aber unwahrscheinlich. Die Ausdehnung der Haushaltssumme wird begrenzt durch die stagnierenden Einnahmen aus der VEW. Dahinter steht die Tatsache, daß jetzt die erhöhten Kosten für den Rohstoffeinsatz von dem Betrieb zu tragen sind. Im gleichen Umfang vermindern sich die Abführungen an den Staatshaushalt.

Bei dieser schwachen Einnahmenentwicklung ist es schwierig, ein realistisches Bild von der Ausgabenverteilung zu gewinnen. Die für die Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise ausgewiesenen Subventionen beanspruchen allein mehr als den gesamten geplanten Zuwachs der Ausgabensumme. Da einige Ausgabenpositionen längerfristig auf Expansion angelegt sind (Bildung, Gesundheit, Forschung, Wohnungswirtschaft) und bei den übrigen kaum Spielraum für Ausgabenenkungen vorhanden ist, dürfte die Aufstellung des detaillierten Haushaltsplans schwierig gewesen sein. Offensichtlich war es nur in begrenztem Umfang möglich, die „sonstigen Ausgaben“ zugunsten anderer Bereiche zu kürzen. Ein Indiz dafür ist, daß die vom Umfang her nicht sehr bedeutungsvolle staatliche Finanzierung für Investitionen in der VEW auffällig reduziert worden ist.

¹² Vgl. Herwig Haase: Kritische Anmerkungen zum Staatshaushaltsplan 1976. In: Deutschland Archiv, Nr. 3/1976, S. 294.

Entwicklung und Struktur der Investitionen in der DDR bis 1980

In der Direktive zum Fünfjahrplan 1976 bis 1980 wurde den inländischen Investitionen gegenüber dem Konsum zwar wieder der Vorrang eingeräumt, ihnen wurde aber nur ein mittlerer Wachstumspfad zuerkannt. Priorität haben

- die Erhöhung des Exports, insbesondere zur Finanzierung der verteuerten Rohstoffimporte,
- die Erschließung und bessere Nutzung eigener Energiequellen, sowie
- die Erfüllung der zunehmenden Anforderungen an die DDR im Rahmen des RGW-Komplexprogramms.

Insgesamt ist für den Zeitraum von 1976 bis 1980 ein kumuliertes Investitionsvolumen von 240 bis 243 Mrd. Mark (ohne Generalreparaturen) geplant¹, darunter sind etwa 7 bis 8 Mrd. Mark für Investitionsbeteiligungen im RGW-Raum vorgesehen. Im vergangenen Jahrfünft wurden für Investitionen 186 Mrd. Mark (einschl. 3,2 Mrd. Mark Investitionsbeteiligungen) ausgegeben. Ohne die - nach westlicher Abgrenzung als Kapitalexport zu buchenden - Investi-

tionsbeteiligungen entspricht der kumulierte Planwert für 1976/80 einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 5 bis 5,5 vH.

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit bleiben Industrie und Wohnungsbau. In der Industrie (110 Mrd. Mark) sind 60 vH des Investitionsvolumens für den Grundstoffbereich vorgesehen. Für die Fertigstellung von 750 000 Wohnungen (darunter 550 000 Neubauwohnungen) bis 1980 sind 45 Mrd. Mark geplant. Auf dem IX. Parteitag der SED ist überdies das Wohnungsbauprogramm durch Selbstverpflichtung des FDGB² noch um 100 000 zu modernisierende Wohnungen erweitert worden. Damit wird sowohl der ungünstigen Altersstruktur und Ausstattung des Wohnungsbestandes als auch der angestrebten besseren regionalen Verteilung der Beschäftigten Rechnung getragen. So sollen die bisherigen Zentren der Roh-

¹ Vgl. Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 - 1980. In: Die Wirtschaft, Nr. 1/1976, Beilage, S. 31.

² Vgl. Harry Tisch: Sinn des Sozialismus bestimmt unsere Arbeit. In: Neues Deutschland vom 21. 5. 1976, S. 4.

Die Brutto-Anlageinvestitionen der DDR nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	in Mill. Mark zu Preisen von 1967							1975 in vH von 1965	Anteile an der gesamten Wirtschaft in vH (ohne Generalreparaturen)			Ausrüstungsquoten in vH (ohne Generalreparaturen)		
	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975		1965	1970	1975	1965	1970	1975
Industrie ¹⁾	11 290	17 075	17 620	18 720	20 715	20 380	20 220	179,1	55,1	52,1	50,5	62,9	60,7	59,4
Bauwirtschaft	410	1 065	860	860	855	1 050	1 240	302,4	2,0	3,2	3,1	68,9	62,6	64,5
Land- und Forstwirtschaft	2 770	4 345	4 390	4 320	4 380	4 890	5 100	184,1	13,5	13,2	12,7	41,6	39,0	41,1
Verkehr, Post- und Fern- meldewesen	1 950	2 875	2 785	2 850	3 115	3 830	4 320	221,5	9,5	8,8	10,8	73,7	80,1	75,9
Handel ²⁾	895	1 565	1 480	1 410	1 410	1 465	1 590	177,7	4,4	4,8	4,0	40,9	48,4	50,3
Sonst. prod. Zweige ³⁾	85	490	310	290	330	355	380	447,1	0,4	1,5	0,9	72,3	74,2	65,8
Kulturelle und soziale Einrichtungen ⁴⁾	640	1 305	1 480	1 630	1 655	1 720	1 810	282,8	3,1	4,0	4,5	37,9	32,9	32,0
Erweiterung des Woh- nungsbestandes ⁵⁾	2 030	2 550	2 565	3 000	3 430	3 780	3 950	194,6	9,9	7,8	9,9	2,7	3,8	1,0
Übrige nichtproduzierende Bereiche ⁶⁾	420	1 530	1 505	1 205	1 140	1 120	1 440	342,9	2,0	4,7	3,6	-	-	-
Insgesamt (ohne General- reparaturen)	20 490	32 800	32 995	34 285	37 030	38 600	40 050	195,5	100,0	100,0	100,0	52,4	53,2	51,5
Generalreparaturen ⁷⁾	2 270	2 420	2 380	2 390	2 400	2 450	2 450	107,9
Gesamte Brutto-Anlage- investitionen	22 760	35 220	35 375	36 675	39 430	41 050	42 500	186,7

¹⁾ Einschließlich Energie, Bergbau und Wasserwirtschaft. - ²⁾ Einschließlich volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) sowie einschl. Gaststättenbetriebe. - ³⁾ Wirtschaftsleitende Organe und Institute aller produzierenden Bereiche, Projektierungs- und Rechenbetriebe, Verlage, Reparaturkombinate und textiles Reinigungswesen. - ⁴⁾ Wissenschaft und Forschung, Bildungswesen, Kultur und Kunst, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Sport und Touristik. - ⁵⁾ Errechnet durch Multiplikation der Wohnfläche der in den jeweiligen Jahren geschaffenen Neubauwohnungen mit dem Bauaufwand je qm sowie Einbeziehung eines geschätzten Aufwands für Projektierungsleistungen und für Ausrüstungen. - ⁶⁾ Dienstleistende Wirtschaft, staatliche Verwaltung und staatliche Organe sowie gesellschaftliche Organisationen. - ⁷⁾ Ab 1970 geschätzt.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1976 sowie Berechnungen und Schätzungen des DIW.

stoffgewinnung, des Maschinenbaus und der Chemie in den Südbezirken zwar ausgebaut, die nördlichen Gebiete aber auch – soweit es die dortigen Bedingungen zulassen – weiter industrialisiert werden.

Bisherige Entwicklung

Die kräftige Expansion der Investitionen (einschl. Generalreparaturen) Ende der sechziger Jahre (1967: + 8 vH, 1968: + 10 vH, 1969: + knapp 15 vH) wurde 1970 durch eine erheblich langsamere Entwicklung abgelöst. In diesem Jahr verringerte sich das Investitionswachstum im Zusammenhang mit auftretenden Störungen bei der Bauwirtschaft auf 7 vH; 1971 und 1972 wurden dann infolge der stärkeren Orientierung auf den Konsum nur Zunahmen von 0,5 und 3,7 vH zugelassen. Mit Ausnahme des Jahres 1973 (+ 7,5 vH) blieb es bei diesem verhaltenen Wachstumstempo: 1974: + 4,1 vH und 1975: + 3,5 vH.

Bereichsstruktur der Investitionen im Vergleich zu anderen RGW-Ländern

Im Jahre 1975 entfielen von den gesamten Investitionen der DDR 50 vH auf die Industrie, 13 vH auf die Land- und Forstwirtschaft, 11 vH auf Verkehr, Post- und Fernmeldewesen sowie 10 vH auf die Wohnungswirtschaft. Binnenhandel sowie kulturelle und soziale Einrichtungen sind nur mit je 4 vH und die Bauwirtschaft mit 3 vH beteiligt.

Seit 1965 haben sich zwar einige Strukturveränderungen ergeben – insbesondere bei den Bereichen Industrie, Bauwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen sowie Wohnungswirtschaft –; insgesamt ist die Investitionsstruktur aber relativ stabil geblieben. Sie unterscheidet sich deutlich von der der anderen RGW-Länder (durchschnittliche Bereichsanteile in vH der gesamten Investitionen 1965 bis 1974):

	Bulgarien	CSSR	DDR	Polen	UdSSR	Ungarn	Rumänien
Industrie	44	38	53	41	35	38	52
Bauwirtschaft	3	4	3	5	4	2	4
Land- und Forstwirtschaft	17	12	14	15	18	17	16
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	10	13	9	12	10	12	11
Sonstige Bereiche	26	33	21	27	33	31	17

Quelle: Statistisches Jahrbuch des RGW 1975 bzw. Statistische Jahrbücher der betreffenden Länder.

Auch wenn diese Gegenüberstellung infolge von Abweichungen sowohl in der statistischen Abgren-

zung der Bereiche als auch der Bewertung der Investitionsgüter ungenau ist, vermittelt sie doch Aufschluß über Unterschiede in Entwicklungsstand und -bedingungen der einzelnen Länder. So weisen beispielsweise bei der Industrie Polen und die CSSR bei hohem industriellen Produktionsniveau einen Anteil der Industrieinvestitionen um 40 vH auf, während er bei Ländern mit sich neu entwickelnder Industrie wie Rumänien und auch Bulgarien höher ist. Bei den Landwirtschaftsinvestitionen führen Länder mit hoher landwirtschaftlicher Produktion. Aus dem Rahmen fallen indessen die bisher schon stark industrialisierte DDR mit dem höchsten Anteil der Industrieinvestitionen bei gleichzeitig deutlicher Förderung der Landwirtschaft sowie die UdSSR mit einem relativ niedrigen Gewicht der Kapitalvermehrung der Industrie.

Vergleich mit der Bundesrepublik

Vom gesamten Brutto-Anlagevermögen der DDR im Jahr 1975 (577 Mrd. Mark zu Preisen von 1962) entfallen knapp zwei Drittel auf die „produzierenden Bereiche“. Der Industrie sind 40 vH, dem

Brutto-Anlagevermögen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland

Struktur nach Wirtschaftsbereichen in vH

Wirtschaftsbereich	DDR ⁵⁾		Bundesrepublik ⁶⁾	
	1965	1975	1965 ⁷⁾	1975 ⁸⁾
Produzierender Sektor ¹⁾ ..	55,4	63,6	43,1	42,1
Industrie ²⁾	33,7	40,0	24,2	24,2
Bauwirtschaft	1,2	1,8	1,5	1,5
Land- und Forstwirtschaft	7,2	8,3	4,5	3,5
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	10,2	9,8	7,9	7,4
Handel ³⁾	2,9	3,2	5,0	5,5
Dienstleistungen ⁴⁾	44,6	36,4	56,9	57,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ DDR: einschl. sonst. produz. Zweige, die einen Anteil von 0,2 bzw. 0,5 vH verbuchen. – ²⁾ Für beide Gebiete: einschl. Energie, Bergbau u. Wasserversorgung; DDR: einschl. produz. Handwerk (ohne Bauhandwerk); BRD: Verarbeitendes Gewerbe. – ³⁾ DDR: Binnenhandel (einschl. Gaststätten); BRD: einschl. Außenhandelsbetriebe, ohne Gaststätten. – ⁴⁾ DDR: Geld-, Bank-, Versicherungswesen, Dienstleistungen, Gesundheits-, Sozialwesen, Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Staat, gesellschaftliche Organisationen sowie Wohnungswirtschaft. – ⁵⁾ Durchschnittlicher Bestand zu Preisen von 1967. – ⁶⁾ Zu Preisen von 1970. – ⁷⁾ Jahresendwerte. – ⁸⁾ Jahresanfangswerte.

Quellen: DDR: Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, S. 44. BRD: Bernd Görzig und Wolfgang Kirner: Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer Neuberechnung. In: Beiträge zur Struktur-forschung des DIW, Heft 41. Berlin 1976.

Verkehr, Post- und Fernmeldewesen 10 vH, der Land- und Forstwirtschaft 8 vH sowie dem Handel und der Bauwirtschaft 3 und 2 vH zuzurechnen. Bestimmend

für diese Vermögensstruktur der DDR ist eine Investitionspolitik, die der Industrie als wichtigem Wachstumsbereich sowie der Landwirtschaft (hoher Selbstversorgungsgrad!) weitgehende Priorität einräumt. Deshalb sind die Investitionsanteile dieser Bereiche in der DDR doppelt bzw. viermal so hoch wie in der Bundesrepublik.

Dort betrug der Anteil des produzierenden Sektors am gesamten – statistisch allerdings nur bedingt vergleichbaren – Brutto-Anlagevermögen 1975 (3 310 Mrd. DM zu Preisen von 1970) lediglich 42 vH. Die Vermögensanteile von Industrie sowie Land- und

geflossen sind, waren es in den letzten zehn Jahren 50 bis 55 vH. Dafür erhöhten sich die Investitionen

Verteilung der industriellen Investitionen
in vH

	Ist			Plan
	1960-1965	1966-1970	1971-1975	1976-1980 ¹⁾
Grundstoffherzeugung	66	52,9	55,0	60
Wasserwirtschaft	6	5,9	4,8	4
Investitionsgüterindustrien	16	24,8	22,3	19
Verbrauchsnahe Bereiche	12	16,4	17,9	17

¹⁾ Offizielle Angaben; teilweise geschätzt.

Struktur der westdeutschen Brutto-Anlageinvestitionen¹⁾
nach Bereichen
in vH

Wirtschaftsbereich	1965	1970	1974
Industrie ²⁾	29,7	32,1	26,3
Bauwirtschaft	3,1	3,2	2,0
Land- und Forstwirtschaft	5,1	3,5	3,0
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	6,8	8,1	8,5
Handel ³⁾	6,3	6,5	4,8
Wohnungswirtschaft	22,4	17,7	19,1
Übrige Bereiche	26,6	28,9	36,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Zu Preisen von 1967. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energiewirtschaft (einschl. Wasserversorgung). – ³⁾ Einschl. Außenhandelsbetriebe; ohne Gaststätten.
Quelle: Bernd Görzig und Wolfgang Kirner: Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer Neuberechnung. In: Beiträge zur Strukturforchung des DIW, Heft 41. Berlin 1976.

Forstwirtschaft sind erheblich niedriger als in der DDR, beim Binnenhandel ist es allerdings umgekehrt. Der nichtproduzierende Sektor ist in Westdeutschland (58 vH) stark vertreten; allein auf die Wohnungswirtschaft entfällt mit fast 30 vH ein wesentlich größerer Teil des gesamten Vermögens als in der DDR. An den vergleichsweise niedrigen Anteilen von Wohnungswirtschaft und sonstigen Bereichen (Dienstleistungen, Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter) in der DDR läßt sich eine starke Vernachlässigung der Infrastrukturinvestitionen ablesen.

Strukturverschiebungen in der Industrie

Innerhalb der Industrie der DDR hat sich die Investitionsstruktur in der Vergangenheit verändert. Während bis zum Jahre 1965 zwei Drittel aller Industrieinvestitionen den Grundstoffindustrien zu-

der übrigen großen Bereiche überdurchschnittlich. Der Investitionsanteil der Leichtindustrie hat sich sogar verdoppelt, der der Lebensmittelindustrie ist nicht ganz so kräftig gestiegen. Innerhalb der Investitionsgüterbereiche zeigt der Maschinen- und Fahrzeugbau – mit Ausnahme der Jahre 1972 und 1973 – eine kontinuierliche Erhöhung der Investitionen, während sie bei der Elektrotechnik/Elektronik und dem Gerätebau bis etwa 1971 stark zu-, danach aber wieder abgenommen haben. Insgesamt hat die recht starke Investitionstätigkeit der Industrie dazu geführt, daß 40 vH des Ausrüstungsvermögens der Industrie in den Jahren 1971 bis 1975 neugeschaffen bzw. modernisiert worden sind.

Für das neue Planjahr fünf zeichnet sich eine weitere Anteilsminderung bei den Investitionsgüterherstellern ab. Dafür wird innerhalb des Grundstoffsektors vor allem die Energie- und Brennstoffindustrie gefördert (geplante Investitionssumme 31 bis 33 Mrd. Mark)³. Neue Braunkohlentagebaue sollen in Betrieb genommen und die Kraftwerkskapazitäten erweitert werden⁴. Die installierte Kraftwerksleistung, die im Jahre 1975 mit 16 900 MW um 4 300 MW höher war als 1970, wurde für 1980 auf fast 22 000 MW angesetzt, wobei ein Viertel dieses Kapazitätswachses auf Kernkraftwerke entfallen soll. Beim zweitwichtigsten industriellen Investor, der chemischen Industrie, ist vorgesehen, die Kapazitäten für die Produktion von Kunststoffen, synthetischen Fasern, Düngemitteln und anderen chemischen Grundstoffen sowie von Pharmazeutika erheblich zu steigern; auch die Erdölverarbeitung und Erdgasnutzung

³ Vgl. Die Wirtschaft, Nr. 8/1976, S. 6.

⁴ Kraftwerksblöcke mit größerer Leistung gewinnen dabei an Bedeutung. In diesem Jahr ist im Kraftwerk Hagenwerder III die erste 500 MW-Einheit der DDR in Betrieb genommen worden.

Brutto-Anlageinvestitionen (ohne Generalreparaturen) der Industrie¹⁾ der DDR

Industriebereich	in Mill. Mark zu Preisen von 1967							Entwick- lung 1965 bis 1975 1965 = 100	Anteile in vH		
	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975		1965	1970	1975
Energie- und Brennstoffindustrie	3 610	3 330	3 905	5 135	5 680	5 280	5 200	144	32,0	19,5	25,7
Chemische Industrie	2 485	3 620	3 845	4 225	4 145	3 745	3 360	135	22,0	21,2	16,6
Metallurgie	825	740	910	880	1 065	1 140	1 210	147	7,3	4,3	6,0
Baumaterialienindustrie	350	925	865	700	710	780	870	249	3,1	5,4	4,3
Wasserwirtschaft	725	885	815	855	970	990	1 080	149	6,4	5,2	5,3
Maschinen- und Fahrzeugbau ²⁾	1 545	2 930	3 020	2 885	2 985	3 205	3 350	217	13,7	17,2	16,6
Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau ³⁾	495	1 690	1 665	1 165	1 225	1 150	1 150	232	4,4	9,9	5,7
Leichtindustrie (ohne Textil- industrie)	495	1 310	980	1 160	1 710	1 770	1 770	358	4,4	7,7	8,8
Textilindustrie	300	615	545	660	990	920	750	250	2,6	3,6	3,7
Lebensmittelindustrie	460	1 030	1 070	1 055	1 235	1 400	1 480	322	4,1	6,0	7,3
Gesamte Industrie	11 290	17 075	17 620	18 720	20 715	20 380	20 220	179	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Einschließlich Energie, Bergbau und Wasserwirtschaft. — ²⁾ Einschließlich Gießereien und Schmieden, Schiffbau sowie Metallwarenindustrie. — ³⁾ Einschließlich Feinmechanische und Optische Industrie sowie Datenverarbeitung und Büromaschinenbau.
Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1976.

soll wesentlich verbessert werden⁵. Für die Metallurgie wurde geplant, insbesondere die Kapazitäten der Walzstahlproduktion zu erweitern⁶. Schließlich sollen die Investitionen auch bei der Baumaterialindustrie stark zunehmen: Die bis 1980 geplante Investitionssumme (5 bis 5,5 Mrd. Mark) ist vor allem für neue Anlagen der Betonindustrie⁷, der Ziegelindustrie, der Erzeugung von Zuschlagstoffen sowie für Transportgeräte vorgesehen.

Bei der Wasserwirtschaft dürfte das geplante Investitionsvolumen von höchstens 5 Mrd. Mark indes nicht ausreichen, um den schon seit längerer Zeit — insbesondere wegen des stark gestiegenen Wasserbedarfs in Industrie, Landwirtschaft und Haushalten — sehr angespannten Wasserhaushalt merklich zu entlasten⁸.

Ausblick

Entscheidendes Problem der produzierenden Bereiche in der DDR ist schon seit einigen Jahren die Notwendigkeit, extensive durch intensive Vermögenserweiterungen abzulösen. Bei nur sehr begrenztem Wachstum des Arbeitskräftevolumens, von dem jährlich zudem ein steigender Teil von der Anlageninstandhaltung und Höherqualifizierung absorbiert wird, lassen sich Leistungserhöhungen kaum noch mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, sondern nur über eine Ausstattung gegebener Arbeitsplätze mit mehr und besseren Ausrüstungen erreichen.

Zur Lösung dieser Probleme wird der Intensivierung schon seit einiger Zeit Vorrang gegeben. Prinzipiell sollen durch Investitionen mehr Arbeitsplätze eingespart werden als neue entstehen. Dies gelang bisher jedoch nur partiell. Die Freisetzung von Arbeitskräften blieb weit hinter den Planvorstellungen

⁵ Im vergangenen Jahrfünft wurde als größtes Investitionsprojekt im Bereich der Chemie das neue Stickstoffwerk Piesteritz (Investitionssumme 2,4 Mrd. Mark) fertiggestellt, die Polyurethan-Anlagen in Schwarzheide sowie als bedeutendes gemeinsames Projekt von DDR und CSSR der Olefin-Komplex Böhlen-Zaluzi in Betrieb genommen. Neben dem Import moderner Anlagen aus westlichen Industrieländern soll künftig die Bedeutung zweiseitiger Vorhaben innerhalb des RGW weiter zunehmen (Beispiel: das von Chemikern aus der UdSSR und der DDR gemeinsam entwickelte Verfahren „Polymir 50“ zur Herstellung von Hochdruck-Polyäthylen; der Errichtung eines Betriebes mit einer Jahreskapazität von 50 000 t in Nowopolozk soll ein ähnliches Werk in Leuna folgen).

⁶ So ist geplant, die Kapazität des Feineisenwalzwerkes im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf auszubauen, die Rohrstoßanlagen im Stahl- und Walzwerk Riesa zu erweitern sowie die Erweiterung des Eisenhüttenkombinates Ost vorzubereiten.

⁷ Im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm steht der Bau elf neuer Beton-Plattenwerke, mit denen die Jahreskapazität bis 1980 auf Fertigteile für 108 000 Wohnungseinheiten zunehmen soll.

⁸ An Speicherkapazitäten kamen im vergangenen Jahrfünft 230 Mill. m³ hinzu, bis 1980 sind weitere 180 Mill. geplant. Der für das Jahr 1980 auf 1 400 Mill. m³ zu veranschlagende Stauraum reicht indessen nicht aus, um den Problemen des extrem hohen Nutzungsgrades von Wasser in der DDR sowie der Situation besonders niedriger Wasserstände, wie sie in den vergangenen Jahren vermehrt auftraten, wirksam zu begegnen.

zurück; wiederholt trat sogar ein – offiziell stark kritisiert – Mehrbedarf auf. Auch die Kapitalproduktivität konnte nicht den Wünschen entsprechend verbessert werden: Im Zeitraum von 1966 bis 1970 betrug die durchschnittliche jährliche Zunahme der industriellen Brutto-Kapitalproduktivität⁹ 1,1 vH, in den Jahren 1971 bis 1975 waren es nur 0,4 vH.

Zur Weiterführung der dringend erforderlichen Erneuerung des Anlagevermögens soll deshalb bis 1980 über die Hälfte der für dieses Jahrünft geplanten Investitionen der Industrie für Rationalisierung und Modernisierung eingesetzt werden. Erweiterungen dürfen nur vorgenommen werden, wenn die vorhandenen Kapazitäten bereits mehrschichtig genutzt werden, Rationalisierung kaum noch möglich sowie eine mindestens z w e i s c h i c h t i g e Nutzung der geplanten neuen Anlagen gewährleistet sind. Darüber hinaus werden mit einer strafferen Investitionsplanung Effizienzerhöhungen bei den Investitionen angestrebt: Das Investitionsvolumen muß im Fünfjahrplan nach Jahren gegliedert und nach wichtigen Vorhaben der Bereiche, Zweige und Betriebe sowie unter Angabe der vorgesehenen Leistungskennziffern ausgewiesen werden. Der besseren Abstimmung der Planvorhaben mit den regionalen Ressourcen dienen Bezirksinvestitionspläne, die neuerdings in enger Verbindung mit der Arbeitskräftebilanzierung stehen, damit der Arbeitskräftebedarf minimiert wird. Auch die Durchführung der Investitionen soll strenger überwacht werden.

Effizienzsteigernde Innovationen lassen sich jedoch nicht von „oben“ verordnen. Damit sie erreicht werden, ist einerseits die schnelle Entwicklung höherer Technologien, andererseits aber die Schaffung wirksamer Anreize zur Verbesserung der Leistungen in den Betrieben erforderlich. Zwar wurden mehr finanzielle Mittel zur Entwicklung neuer Verfahren geplant¹⁰, der Anreiz für Neuentwicklungen ist bei den bestehenden Vorschriften zur Gewinnverwendung für die Betriebe jedoch nach wie vor gering; auch der mit den neuen Preisvorschriften¹¹ erhöhte Gewinnanteil bei neu- oder weiterentwickelten Produkten brachte nur wenige neue „incentives“. Volkswirtschaftlich wirken die starken Preisverzerrungen ohnehin hemmend, da sie eine aussagefähige Leistungsmessung unterschiedlicher Technologien kaum zulassen.

In Zukunft dürften weitere Veränderungen der Investitionsstruktur unvermeidlich sein: Eine Stärkung der Investitionsgüterindustrien – Voraussetzung durchgreifender Rationalisierung im Inland und erweiterter Integration mit anderen RGW-Ländern – machen Investitionssteigerungen gerade in diesem Bereich erforderlich, so daß Prioritätsänderungen noch innerhalb der Fünfjahrplanperiode wahrscheinlich sind.

⁹ Bruttoproduktion je 1 000 Mark Brutto-Anlagevermögen.

¹⁰ Die für Wissenschaft und Technik aufgewendeten Mittel sollen von 25 Mrd. (1971 bis 1975) auf 35 Mrd. Mark (1976 bis 1980) erhöht und insbesondere für neue Verfahren zur Herstellung von Maschinen und Anlagen, der Energieanwendung, des Wohnungsbaus sowie der Pflanzen- und Tierproduktion eingesetzt werden.

¹¹ Vgl. Gesetzblatt der DDR, 1976/Teil I, Nr. 24

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit 1975 sind erschienen:

- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen. 131 S. 1975. DM 48,60.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann. 176 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland – Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.

Im Druck:

- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens.

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.

Im Druck:

- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Der Staatshaushalt der DDR 1973 bis 1976 bearbeitet von Heinz Vortmann und Maria Elisabeth Ruban. —

Entwicklung und Struktur der Investitionen in der DDR bis 1980 bearbeitet von Manfred Meizer.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D 1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.